

Prêles wird Rückkehrzentrum

In Prêles, im Berner Jura will der Kanton ein sogenanntes Rückkehrzentrum bauen. Aber das gibt Ärger.

Margrit Schöbi

Am 31.5.2018 erschien im «Bund» ein Artikel über das geplante Rückkehrzentrum in Prêles. Einige Zitate aus dem Text:

«Im ehemaligen Jugendheim Prêles im Berner Jura will der Kanton Bern ein Zentrum für abgewiesene Asylsuchende einrichten, ein sogenanntes Rückkehrzentrum.»

«Diese Lösung ermögliche einen kostengünstigen Betrieb. Das Zentrum soll zwischen 350 und 450 Plätze aufweisen.»

«Der Kanton schloss das Jugendheim Prêles nur vier Jahre, nachdem es aufwändig saniert worden war. Die Institution war chronisch unterbelegt und defizitär. «

Eine Petition

Kurz nach dem «Bund»-Artikel haben über 1000 Bewohner der betroffenen Region «Plateau de Diesse - Tessenberg» eine Petition an den Regierungsrat geschickt; sie haben ihn aufgefordert, das Projekt Prêles fallen zu lassen.

Ein Rückkehrzentrum (RKZ)

Das ist die letzte Station in der Schweiz und in Europa für Menschen, die einen Asylantrag gemacht und einen abschlägigen Bescheid (Negativentscheid) erhalten haben. Im RKZ müssen sie warten, bis sie allenfalls in ihr Land zurückgeschafft werden.

Die Dauer des Aufenthalts

Wie lange sollen sie dort bleiben? Zehn Tage? Zehn Monate? Zehn Jahre oder bis zum Tod? Das ist völlig offen, die Abgewiesenen haben darauf keinen Einfluss. Viele von ihnen kommen aus einem Land, in das man sie nicht zurückschicken kann.

Die Abgewiesenen

Es sind Menschen in jedem Alter, vom Neugeborenen bis zum Greis, Männer, Frauen, Kinder. Sie sind aus vielen Ländern gekommen, wo Krieg oder gravierende Unterdrückung von Minderheiten herrschen. Viele von ihnen besitzen keine amtlichen Papiere, weder von der Schweiz noch von dem Land, das sie verlassen

haben. Sie hatten kein Glück in den Lotterien von Asylgesuch und Verwaltungsgericht.

Wo die Abgewiesenen jetzt sind und wie sie leben

Heute leben sie irgendwo im Kanton Bern. Manche leben in einem Asylzentrum, manche teilen sich eine Wohnung und einige leben in Schweizer Familien oder in einer WG. Es gibt viele Kontakte zwischen der Bevölkerung und den Abgewiesenen.

Das Bieler Asylzentrum befindet sich in Bözingen, in Containern aus Metall (heiss im Sommer, sehr kalt im Winter), gleich neben der Autobahn, ein anderes Asylzentrum in Büren a.d. Aare. Die Abgewiesenen leben von der Nothilfe und haben kein Recht zu arbeiten. In Biel erhalten sie den Betrag von 8 Franken pro Tag, den sie zu vorgegebenen Zeiten abholen müssen, sonst verfällt ihr Anspruch darauf.

In der Küche im Asylzentrum in Bözingen hat jede Person Platz für Esswaren, im Kühlschrank und auf einem Gestell; hier können sie für sich selber oder für ihre Freundinnen und Freunde kochen. Gleich daneben gibt es einen einfachen Aufenthaltsraum. Jeder und jede hat gratis einen Schlafplatz in einem kleinen Mehrbettzimmer, das den ganzen Tag über zugänglich ist. BewohnerInnen eines Asylzentrums kann man zum Essen einladen, zu einem Ausflug, zum Deutschlernen, Französischlernen. Sie öffnen dir ihre Welt, je länger je mehr, wenn sie sich dank guten Kontakten auf Deutsch oder Französisch besser ausdrücken können.

Wie sie im geplanten RKZ leben würden und was anders wäre als im Asylzentrum

Wir haben nur spärliche Informationen über das Regime, das im RKZ gelten soll. Wenn wir dazu Fragen stellen, vertröstet uns die Regierung auf später. Klar scheint, dass fast alles anders sein wird als in einem Asylzentrum.

In den folgenden Punkten stützen wir uns hauptsächlich auf das neuste offizielle Dokument zur Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs im Kanton Bern (Zu finden unter dem Suchbegriff «Projekt NABE», auf www.gef.be.ch).

Das Regime in Prêles wird voraussichtlich unmenschlich sein, aus folgenden Gründen

- Der Betrieb wird vom Migrationsdienst der Kantons Bern selber geführt, nicht von einer erfahrenen Betreuungs-Organisation.

• Geld soll diesen Personen offenbar keines abgegeben werden. Will man etwa zur Kleinkriminalität anregen?

• Freies Bewegen sei meistens möglich – doch wohin denn? Zum nächsten öV-Halt ist es zu Fuss eine ¼-Stunde. Zudem: mit welchem Geld sollen sich die BewohnerInnen ein Billet kaufen?

• Die Bewegungsfreiheit kann eingegrenzt werden – das bedeutet, man kann den abgewiesenen Menschen vorschreiben, wohin sie gehen dürfen und wohin nicht.

• Administrativhaft ist möglich

• Tägliche Anwesenheitskontrolle; Sanktionen sind vorgesehen.

• Fixe Zeiten für Essen und Nachtruhe.

• Die Zimmer sind tagsüber nicht zugänglich. Aber das Zimmer ist vielleicht der einzige Zufluchtsort der abgewiesenen Menschen.

• Die BewohnerInnen können nicht selber kochen.

• Keine Freizeit-Aktivitäten und keine Sprachkurse – Alt und Jung sind verdammt zum Nichtstun, möglicherweise jahrelang.

• Die (geschätzten 60) Kinder der Abgewiesenen sollen in Prêles von der ersten bis neunten Klasse intern zur Schule gehen – doch in welcher Sprache, mit welchen Lehrkräften, und was machen die Jugendlichen nach der neunten Klasse, wenn sie weder eine Lehrstelle noch eine weiterführende Schule haben?

• Gesundheitsdienst: Kleinere Beschwerden werden vor Ort behandelt – grosse wohl in einer Psychiatriestation, die bald notwendig sein wird, oder halt mit Schlaftabletten, Schmerztabletten, und mit Strafen?

• Völlig unklar ist, ob und wie weit Besuche möglich sein werden – zum Beispiel von Freiwilligen, die sie seit Jahren kennen?

Man ist versucht, bei diesem geplanten Regime von «Gefängnis» zu reden, doch die Regierung spricht von einem Rückkehrzentrum, nie von einem Gefängnis. Sie will wohl vermeiden, dass Themen wie «Schutz vor Folter» oder «Menschenrechte» angesprochen werden.

Wenn ich in unserem Rechtsstaat eine Gefängnisstrafe abzusitzen hätte, müsste man mir sagen:

• was ich verbrochen habe, das straf-

• Geld soll diesen Personen offenbar keines abgegeben werden. Will man etwa zur Kleinkriminalität anregen?

• Freies Bewegen sei meistens möglich – doch wohin denn? Zum nächsten öV-Halt ist es zu Fuss eine ¼-Stunde. Zudem: mit welchem Geld sollen sich die BewohnerInnen ein Billet kaufen?

• Die Bewegungsfreiheit kann eingegrenzt werden – das bedeutet, man kann den abgewiesenen Menschen vorschreiben, wohin sie gehen dürfen und wohin nicht.

• Administrativhaft ist möglich

• Tägliche Anwesenheitskontrolle; Sanktionen sind vorgesehen.

• Fixe Zeiten für Essen und Nachtruhe.

• Die Zimmer sind tagsüber nicht zugänglich. Aber das Zimmer ist vielleicht der einzige Zufluchtsort der abgewiesenen Menschen.

• Die BewohnerInnen können nicht selber kochen.

• Keine Freizeit-Aktivitäten und keine Sprachkurse – Alt und Jung sind verdammt zum Nichtstun, möglicherweise jahrelang.

• Die (geschätzten 60) Kinder der Abgewiesenen sollen in Prêles von der ersten bis neunten Klasse intern zur Schule gehen – doch in welcher Sprache, mit welchen Lehrkräften, und was machen die Jugendlichen nach der neunten Klasse, wenn sie weder eine Lehrstelle noch eine weiterführende Schule haben?

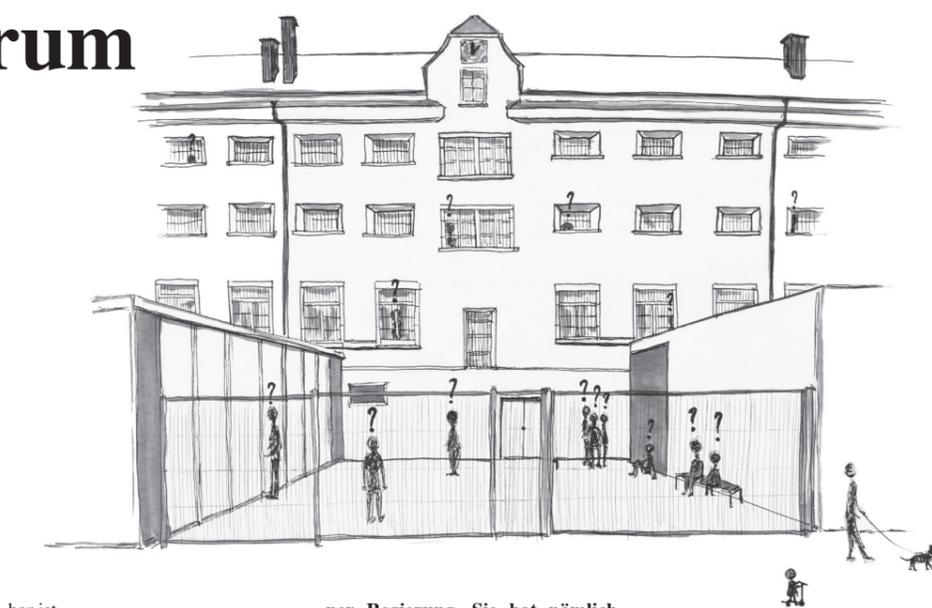
• Gesundheitsdienst: Kleinere Beschwerden werden vor Ort behandelt – grosse wohl in einer Psychiatriestation, die bald notwendig sein wird, oder halt mit Schlaftabletten, Schmerztabletten, und mit Strafen?

• Völlig unklar ist, ob und wie weit Besuche möglich sein werden – zum Beispiel von Freiwilligen, die sie seit Jahren kennen?

Man ist versucht, bei diesem geplanten Regime von «Gefängnis» zu reden, doch die Regierung spricht von einem Rückkehrzentrum, nie von einem Gefängnis. Sie will wohl vermeiden, dass Themen wie «Schutz vor Folter» oder «Menschenrechte» angesprochen werden.

Wenn ich in unserem Rechtsstaat eine Gefängnisstrafe abzusitzen hätte, müsste man mir sagen:

• was ich verbrochen habe, das straf-



bar ist

• was die minimale und die maximale Strafe dafür ist

• was ich tun kann, um die Strafe zu verkürzen

• wann meine Strafe ein Ende hat

• und ich hätte einen Anwalt, der mich verteidigen könnte.

Aber den Abgewiesenen im Rückkehrzentrum werden diese Rechte verwehrt: sie haben keinen Schutz, keine Hoffnung und wissen nicht, wann das alles zu Ende ist. Das Vorgehen des Staates soll dazu dienen, dass diese Menschen «verschwinden», wohin auch immer. Wenn sie aber über die Grenze gehen und irgendwann in einem anderen Land aufgegriffen werden, schickt man sie dank Dublin-Abkommen in die Schweiz zurück und dann wohl wieder nach Prêles.

Prêles wird Rückkehrzentrum (RKZ) – aber das gibt ÄRGER:

- bei der Bevölkerung des Tessenbergs

- bei Menschen, die Kontakt mit den Abgewiesenen haben; sie werden sich für ihre FreundInnen wehren.

- In der nächsten Session des Grossen Rats kommt das Thema wieder auf den Tisch. Unter anderem wird auch nach den finanziellen Auswirkungen gefragt werden.

ÄRGER gibt es auch für die Ber-

länger überlegt, wie ihr Problem zu lösen wäre, und zwar langfristig. Statt in «Prêles» für unbestimmte Zeit von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, sollten sie sich noch besser integrie-

Da wir verschiedene abgewiesene Menschen kennen, haben wir schon länger überlegt, wie ihr Problem zu lösen wäre, und zwar langfristig. Statt in «Prêles» für unbestimmte Zeit von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, sollten sie sich noch besser integrie-

Da wir verschiedene abgewiesene Menschen kennen, haben wir schon länger überlegt, wie ihr Problem zu lösen wäre, und zwar langfristig. Statt in «Prêles» für unbestimmte Zeit von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, sollten sie sich noch besser integrie-

Für die Abgewiesenen ohne Ausreiseperspektiven

Da wir verschiedene abgewiesene Menschen kennen, haben wir schon länger überlegt, wie ihr Problem zu lösen wäre, und zwar langfristig. Statt in «Prêles» für unbestimmte Zeit von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, sollten sie sich noch besser integrie-

Wo liegt Prêles? Wo Châtillon?



Da wir verschiedene abgewiesene Menschen kennen, haben wir schon länger überlegt, wie ihr Problem zu lösen wäre, und zwar langfristig. Statt in «Prêles» für unbestimmte Zeit von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, sollten sie sich noch besser integrie-

ner Regierung. Sie hat nämlich zwei Probleme:

- Erstes Problem: Die «Modernisierung» des früheren Jugendgefängnisses «Prêles» hat 38 Mio. verschlungen, und nun steht das Haus seit Jahren leer.

- Zweites Problem: Es gibt im Kanton mehrere hundert abgewiesene Asylsuchende. Falls man sie wirklich ausschaffen kann, werden sie nicht mehr in Prêles leben. Manche werden gar nie in Prêles ankommen. Also wird das Haus oft halbleer stehen und statt etwas einzubringen nur neue Kosten verursachen.

Was tun Mit den Gebäuden von «Prêles - Châtillon»?

Man kann damit viel Originelleres, Kreativeres, Menschlicheres machen. Wir haben Ideen, wir arbeiten an Vorschlägen für eine sinnvollere Nutzung der Gebäude. Dazu braucht es aber Zeit und Offenheit auf allen Seiten. Es gilt auch, die BewohnerInnen der betroffenen Region in die Überlegungen einzubeziehen und ihre Bedürfnisse zu beachten. Das ist umso wichtiger, als wir in unterschiedlichen «Kulturen» leben: deutsch – welsch sowie Stadt – Land, und weil die Deutschsprachigen im Kanton politisch zehnmal mehr Gewicht haben als die Welschen.

Wie es weitergeht...

Die Berichterstattung über «Prêles» und die Abgewiesenen führen Margrit Schöbi und Rudolf Albonico in den nächsten Ausgaben und auf der Website von Vision 2035 weiter.

La suite...

Margrit Schöbi et Rudolf Albonico continueront à parler de «Prêles» et des déboutés dans les prochains numéros et sur le site Vision 2035.

Mehr Infos und direkter Kontakt/ Plus d'infos et contact direct:

info@alle-menschen.ch
info@tous-les-etres-humains.ch
www.alle-menschen.ch
www.tous-les-etres-humains.ch

Beide Texte dieser Seite sind auf www.vision2035.ch demnächst übersetzt und mit Ergänzungsmaterial zu finden.

*
Bientôt les textes de cette page et d'autres documents complémentaires seront disponibles dans autre langue sur: www.vision2035.ch

Bon marché ou de bonne qualité ?

Le canton de Berne décidera prochainement entre l'entreprise ORS ou ABR. Un choix entre bon marché ou de bonne qualité.

Rudolf Albonico

Il s'agit de savoir quelle organisation dans notre région accompagnera les demandeurs d'asile pendant la durée de leur procédure : ORS ou ABR (Asile Bienne & Région). ABR est une association bilingue, apolitique et laïque, fondée en 2002 à la suite de l'ancien secrétariat aux réfugiés de la ville de Bienne. ABR est bien ancrée dans notre région. Elle dirige notamment les centres d'hébergement collectif de Bienne-Boujean et de Büren. Les organismes qui assurent aujourd'hui l'hébergement,

l'encadrement et le soutien des demandeurs d'asile sont à but non-lucratif tels que ABR, l'Armée du Salut, Asyl Berner Oberland (ABO) et ont développé une collaboration étroite avec les services sociaux locaux et régionaux.

Par contre, ORS est une entreprise internationale à but lucratif qui défraie régulièrement la chronique. Dans la presse suisse, ORS est plus souvent décrite que louée pour ses services. Créée en 1992, cette société anonyme appartient à une société d'investissement d'origine britannique, Equitone Partners Europe, anciennement Barclays Private Equity, regroupant 35 investisseurs européens. Gagnante de l'argent sur le dos des requérants, comme le prétendent ses détracteurs, actifs ou proches des organisations d'aide aux requérants ? (Le Temps 13.6.2016)

Le canton de Berne a redéfini sa politique d'asile : le canton est divisé en cinq régions (Berne-Ville et environs, Berne-Mittelland, Jura bernois – Seeland, Emmental – Oberaargau, Oberland bernois). Dans chaque région, une seule organisation s'occupe des demandeurs d'asile. L'ORS a posé sa candidature pour toutes les régions. Le délai de candidature a expiré le 18.01.2019 et le contrat sera attribué à l'organisation dont l'offre répondra au mieux à la pondération suivante :

- Prix : 35 %
- Insertion professionnelle : 30 %
- Mise en réseau régionale : 15 %
- Encouragement de l'apprentissage de la langue : 15 %
- Expérience : 5 %

C'est une approche qui désavantage les mandataires actuels, leurs com-

pétences (apprentissage de la langue, expérience et insertion régionale) étant peu pondérées. La préférence risque fortement d'aller vers ceux qui sont les meilleurs marchés, le prix étant le critère principal.

Le choix de l'entreprise qui sera responsable de la prise en charge des réfugiés est important, car selon le canton « La Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale ne prévoit pas de piloter de manière centralisée les différents programmes de promotion de l'intégration. En règle générale, les partenaires mettront eux-mêmes sur pied les offres ou pourront les acheter. » La qualité du travail social, mais aussi les liens avec l'économie régionale – tous deux importants pour une intégration réussie – dépendent donc des moyens économiques que l'entreprise en charge investit pour ces prestations.

Deux citoyens biennois, dont l'auteur de cet article, ont écrit à mi-décembre 2018 une lettre à Monsieur Schnegg, conseiller d'État responsable de la SAP, lui demandant de ne confier aucun mandat à ORS : « ORS continue à faire la une des journaux et ceci toujours dans le sens négatif. Il serait plus judicieux de choisir une entreprise plus fiable, travaillant déjà dans la région, ce qui permettrait aussi d'engager du personnel de la région, une entreprise qui a fait ses preuves. »

En date du 18 janvier 2019 ce dernier a répondu : « Conformément au droit des marchés publics, aucun soumissionnaire potentiel ne doit être avantagé ou défavorisé. Dans le cadre de la procédure d'adjudication, la meilleure offre est déterminée selon les critères d'aptitude et de qualité clairement définis, que tous les intéressés doivent remplir (ORS compris). »

ren können, dort wo sie heute leben. Zudem sind wir der Ansicht, dass ihr Aufenthalt legalisiert und ihnen eine Ausbildung ermöglicht werden muss, damit sie ihr Leben durch eigene Arbeit verdienen können. Wir haben uns Möglichkeiten der Legalisierung vorgestellt; gerne würden wir mit weiteren Personen darüber nachdenken und diskutieren.

Margrit Schöbi war Beraterin bei OP Bienne/ BIZ Biel. Sie arbeitet als Freiwillige im Migrationsbereich: bei InterNido mit Deutsch-ktiv und Deutschkurs, in einer Bieler Empfangsklasse, andererseits in der Auseinandersetzung um «Prêles» und für die Legalisierung der Abgewiesenen, die nicht zurückgeschafft werden können.

Illustration: Lise Wandfluh

Wie es weitergeht...

Die Berichterstattung über «Prêles» und die Abgewiesenen führen Margrit Schöbi und Rudolf Albonico in den nächsten Ausgaben und auf der Website von Vision 2035 weiter.

La suite...

Margrit Schöbi et Rudolf Albonico continueront à parler de «Prêles» et des déboutés dans les prochains numéros et sur le site Vision 2035.

Mehr Infos und direkter Kontakt/ Plus d'infos et contact direct: info@alle-menschen.ch
info@tous-les-etres-humains.ch
www.alle-menschen.ch
www.tous-les-etres-humains.ch

Beide Texte dieser Seite sind auf www.vision2035.ch demnächst übersetzt und mit Ergänzungsmaterial zu finden.

*
Bientôt les textes de cette page et d'autres documents complémentaires seront disponibles dans autre langue sur: www.vision2035.ch

Nous saurons sous peu la manière dont le canton de Berne traitera les demandeurs d'asile qui lui sont confiés : bon-marché ou de bonne qualité.

Rudolf Albonico est sociologue et formateur d'adultes à Bienne et à Nidau. Il n'est en aucun cas affilié à l'une ou l'autre des organisations d'hébergement collectif. Engagé à travailler avec les personnes issues de l'immigration, il sait à quel point il est important que les demandeurs d'asile bénéficient d'une bonne prise en charge pour réussir leur intégration.

¹ Les références détaillées de ce texte se trouvent à la fin de la version en ligne à l'adresse www.vision2035.ch.